

Institut für Kriegsfolgenforschung

Voll Text

Forschungsziel des Instituts ist eine interdisziplinäre Erarbeitung des Nominalthemas als Auswirkungen von Kriegen im weitesten Sinne. Dazu zählen staatliche, gesellschaftliche, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte ebenso wie Fragen zu Flüchtlingen, Asylanten, zivilen Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen.

Im Rahmen von Forschungsprojekten untersucht das Institut vor allem die Bedingungen der Gefangenschaft in der ehemaligen Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg, die Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft in Österreich und "Die nationale Frage in Kärnten im 20. Jahrhundert."

Im zweiten Halbjahr 2000 wurde das Institut auf Grund seiner jahrelangen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Thematik der Kriegsgefangenschaft auch von verschiedenen Bundesministerien zur Beratertätigkeit im Rahmen der Vorbereitungen des Kriegsentschädigungsgesetzes herangezogen.

Zusätzlich zu den genannten Themenschwerpunkten wurde im Jahr 2000 eine Reihe neuer Projekte bearbeitet, die sich insbesondere mit regionaler Zeitgeschichte sowie mit österreichischen Opfern der sowjetischen Justiz seit den 30er Jahren beschäftigen.

Die wissenschaftlichen Arbeiten umfaßten im Berichtsjahr nachstehende Projekte:

Die sowjetische Zone in Österreich 1945-1955

Eine intensive, umfassende Aufarbeitung der sowjetischen Besatzungszeit in Österreich ist bisher nicht erfolgt und stellt somit eines der wichtigsten Forschungsdesiderate der österreichischen Zeitgeschichtsforschung dar. Um diese Lücke zu schließen und den zahlreichen Mythen fundierte wissenschaftliche Antworten gegenüberzustellen plant das Institut ein wissenschaftliches Projekt zum Thema der sowjetischen Besatzungszone in Österreich 1945 bis 1955.

Im Rahmen einer mehrmonatigen, vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstützten Testphase konnten bis Ende 2000 Gespräche mit zentralen russischen Stellen geführt und internationale Kooperationen geplant werden. Während dieser Phase erfolgte zudem die Ausarbeitung eines Themenkatalogs mit den zentralen Forschungsfragen.

Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet der Republik Österreich

Im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich erforscht das Institut die Problematik der Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte, die zur Zeit des "Dritten Reiches" auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich eingesetzt wurden. Auf der Grundlage von, für die jeweilige Region typischen Landschaften, soll an Hand von Lokalstudien österreichweit ein Überblick über Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft gegeben werden. Im Mittelpunkt steht die Erforschung der Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter. Da die rechtliche Lage der ausländischen Arbeitskräfte im "Dritten Reich" auf Grund der "rassischen" Abstammung bestimmt wurde, ist besonders die Situation der osteuropäischen Zwangsarbeiter zu untersuchen. Die sogenannten "Ostarbeiter" (im wesentlichen Sowjetbürger) und Polen stellten zahlenmäßig die größte Gruppe aller im Reich eingesetzten Arbeiter und nehmen einen dementsprechend großen Umfang innerhalb der Forschungsarbeit ein.

Bisher wurden folgende für das Projekt relevante Archive zur Forschung herangezogen:

Inland: LA Innsbruck, LA Salzburg, LA Klagenfurt, LA Graz, Archiv der GKK Graz, Klagenfurt, diverse Gemeindearchive im Pinzgau, im Bezirk Knittelfeld etc., Magistrat Graz, Stadtgemeinde Judenburg, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Ausland: Archiv der Stiftung für "Verständigung und Aussöhnung", Moskau, "Memorial" Moskau, Russisches Staatliches Militärarchiv, Staatliches Archiv der Russischen Föderation, Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Zentralarchiv des FSB, Russisches Staatliches Archiv für Fotodokumente, Krasnogorsk, Russisches Staatliches Archiv für sozial-politische Geschichte, Moskau, Nationalarchiv der Republik Weißrußland, Minsk, Gebietsarchiv Mogilev, Pokrajinski arhiv Maribor, Arhiv muzeja narodne osvoboditve, Maribor, Arhiv Republike Slovenije, Ljubljana.

Geplante weitere Archivarbeiten: Nationalarchive Estland, Lettland, Litauen, Kroatien, Slowenien, Tschechien, Polen, ev. Bulgarien.

Darüber hinaus stellen lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern eine der Hauptquellen der wissenschaftlichen Arbeit dar. Neben diesen wird jedoch auch auf Erinnerungen von Bauern und anderen Ortsbewohnern, die beruflich oder privat mit Zwangsarbeitern zu tun hatten, ein Hauptaugenmerk gelegt. Bisher wurden in Rußland, in der Ukraine, in Slowenien, in der Slowakei, in Polen, in Weißrußland und in Österreich Interviews geführt. Weitere Interviews sind in Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Kroatien, Jugoslawien, Frankreich, Italien und eventuell in den Beneluxstaaten geplant.

Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und im nördlichen Burgenland

Das Projekt verfolgt das Ziel, die Praxis der NS-Zwangsarbeit in der Landwirtschaft im Kontext von kriegswirtschaftlichen, machtpolitischen, bürokratischen, ideologischen und gesetzlichen Makrobedingungen und den jeweiligen Mikrobedingungen vor Ort zu erhellen. Die Rekrutierung und Zuweisung von ZwangsarbeiterInnen in der bäuerlichen Landwirtschaft und in Großbetrieben, der Arbeitseinsatz, die Behandlung, Unterbringung, Verköstigung und Entlohnung, die Überwachung und Disziplinierung, das Ausmaß der Ausgrenzung und Integration und der Umgang mit dem Problem nach 1945 stehen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Das Untersuchungsgebiet des Projektes umfaßt den Raum des ehemaligen Reichsgaues "Niederdonau", der neben Gebieten in der heutigen Tschechischen Republik den Großteil Niederösterreichs und das nördliche Burgenland einschloß. Innerhalb dieses Gebietes bilden vier unterschiedlich strukturierte Regionen jene Forschungsfelder, in denen die Wechselwirkungen zwischen Makro- und Mikrobedingungen der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft untersucht werden. Aus der vergleichenden Analyse dieser Regionen soll die Vielschichtigkeit der Zwangsarbeitspraxis in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zwischen 1939 und 1945 rekonstruiert werden. Neben Archivalien in österreichischen und ausländischen Archiven, zeitgenössischen Publikationen und veröffentlichten Erlebnisberichten involvierter Personen, stützten sich die ProjektmitarbeiterInnen auf ausführliche narrative Interviews mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und der österreichischen Bevölkerung.

Oberösterreicher, Steirer und Vorarlberger in sowjetischer Kriegsgefangenschaft

Die Studien über Oberösterreicher, Steirer und Vorarlberger in sowjetischer Kriegsgefangenschaft während und nach dem 2. Weltkrieg wurden im Berichtsjahr weiter bearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde vor allem Aktenmaterial aus den russischen Archiven ausgewertet. Darüber hinaus konnte durch zahlreiche Kontakte zu "Zeitzeugen" weiteres interessantes Material gesammelt werden, welches bei der jeweiligen Manuskripterstellung Verwendung finden wird.

Die Steiermark im 20. Jahrhundert

Die wesentlichen Arbeitsbereiche im Rahmen des Projektes waren in diesem Jahr die Veröffentlichung des Buches "Die Steiermark im 20. Jahrhundert" durch den Projektleiter sowie die Projektfinalisierung.

Seitens des Projektleiters wurden nach der Buchpublikation im November 2000 zahlreiche Vorträge und Lesungen gehalten. Im Berichtszeitraum wurde ein Endbericht erstellt und an den Projektförderer (Land Steiermark) übergeben. Das Projekt "Die Steiermark im 20. Jahrhundert" ist somit abgeschlossen.

Rehabilitierung österreichischer "Stalin-Opfer"

Im November 1996 wurde das Institut vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, die Anträge zur Rehabilitierung österreichischer "Stalin Opfer" zu sammeln und zu bearbeiten. Durch den großen Zuspruch der Aktion blieb die Möglichkeit der Rehabilitierung für Opfer der politischen Repression in der Sowjetunion auch 2000 weiter bestehen. Bis zur Jahresmitte 2000 wurden weitere 200 Anträge auf Rehabilitierung gestellt. Von der Russischen Hauptmilitärstaatsanwaltschaft wurden bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt über 600 positive Anträge an das Institut übermittelt. Aber auch 50 weitere negative Bescheide wurden von dieser Behörde ausgestellt. Wie in den vergangenen Jahren konnten in vielen Fällen keine Akten über eine strafrechtliche Verfolgung, und damit die rechtliche Grundlage einer Rehabilitierung, nachgewiesen werden, obwohl der Beantragte glaubhaft eine Verurteilung nachweisen konnte. Die im Rahmen der Durchführung der Rehabilitierungsaktion erhaltenen Rehabilitierungsbescheide stellen eine einzigartige und wichtige Quelle zur wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas verurteilter Österreicher in der Sowjetunion, der Kriegsverbrechen von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht sowie zu den politischen Nachkriegsprozessen der Alliierten dar. Die aus dieser Tätigkeit gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse stellen für das geplante Projekt, "Zur sowjetischen Besatzungszone Österreich", eine wesentliche Grundlage dar. Das Projekt wird vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gefördert und von Institutionen wie dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Heimkehrerverband Österreichs, Kameradschaftsbund Stalingrad, Kriegsopfer- und Behindertenverband Österreichs usw.

unterstützt.

Die nationale Frage in Kärnten im 20. Jahrhundert

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten der Außenstelle Kärnten lag auch im Jahr 2000 auf der Betreuung dieser weiteren Forschungsinitiative des Landes Kärnten mit ihren fünf Teilprojekten und insgesamt 60 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen aus Kärnten, Wien, Graz und Slowenien. Zu den wichtigsten Tätigkeiten zählten:

Diverse Vorbereitungen für die Durchführung der Forschungsinitiative "Die nationale Frage in Kärnten im 20. Jahrhundert" sowie die laufende Betreuung der einzelnen Projekte, der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen sowie der Projektleiter. So wurden etwa zwei Projektleitertreffen durchgeführt.

Der Aufbau der Institutsbibliothek der Außenstelle Kärnten wurde fortgesetzt, die Vorbereitung und Durchführung eines Workshops für alle wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Forschungsinitiative durchgeführt.

Die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts dokumentierten sich im Berichtsjahr in 20 Publikationen, 14 waren in Druck und zehn in Druckvorbereitung.

Die Mitarbeiter des Instituts und der Institutsleiter nahmen an zahlreichen internationalen Tagungen und Konferenzen mit Referaten teil.

Neben dem Leiter standen dem Institut 15 DienstnehmerInnen, davon zwei in Moskau, zwei in Wien, eine in Klagenfurt sowie freie wissenschaftliche MitarbeiterInnen zur Verfügung.

Die Finanzierung erfolgte aus dem Grundbudget der Ludwig Boltzmann Gesellschaft, aus Förderungen der Stadt Graz, des Bundeslandes Kärnten, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, des Bundesministeriums für Landesverteidigung sowie aus sonstigen Zuwendungen.

Inventarien mit einem Anschaffungswert von rd. öS 29.000,-- wurden erworben.

www.lbg.ac.at